



Foto: Willem Barrenhann

Bürgermeisterin Martina Angermann plant im Januar eine Bürgerversammlung. Zuvor will sie alle Arnsdorfer Akteure an einen Tisch holen.

SZ 18.12.2014

## „Asyl-Gerüchte sind derzeit nur Gerüchte“

Das Thema Flüchtlinge macht auch vor der Gemeinde Arnsdorf nicht halt. Die SZ sprach dazu mit der Bürgermeisterin.

**D**as Thema Asyl bewegt. Auch in Arnsdorf. Zwar sind hier derzeit noch keine Asylbewerber untergebracht, doch eine Verunsicherung in der Einwohnerschaft spürt auch Bürgermeisterin Martina Angermann. Zumal die Gerüchteküche in Arnsdorf und den drei Ortsteilen heftig brodelt. Die SZ sprach dazu mit der Arnsdorfer Ortschefin.

**Frau Angermann, in der Gemeinde Arnsdorf kursieren derzeit einige Gerüchte, die von einer bevorstehenden Aufnahme von Asylbewerbern wissen wollen ...**

Sowohl in unseren Gremien als auch beim Treffen der Ortsvorsteherinnen spielen die Fragen der Bürger rund um das Thema Unterbringung von Asylbewerbern eine Rolle, das stimmt. Die Menschen machen sich Gedanken und wollen natürlich wissen, ob auch in Arnsdorf geplant ist, Asylbewerber unterzubringen. So wird offensichtlich darüber diskutiert, dass Asylbewerber im Gebäude der ehemaligen Plattenbauschule oder etwa im Gebäude Friedrich-Wolf-Straße 5 untergebracht werden.

**Was ist denn dran, an diesen Gerüchten?**

Ich muss an dieser Stelle erst einmal sagen, dass das Landratsamt Bautzen für die Unterbringung von Asylsuchenden zuständig ist. Dazu wurde im Landratsamt eine Stabsstelle Asyl eingerichtet, die alle notwendigen Aufgaben koordiniert. Die kreisangehörigen Gemeinden, zu denen wir uns ja auch zählen, sind gesetzlich verpflichtet, den Landkreis bei der Unterbringung zu unterstützen. Ich habe dazu aktuell noch einmal mit Frau Bortmann-Arndt von der Stabsstelle telefoniert und kann mitteilen, dass eine konkrete Unterbringung von Asylsuchenden in Arnsdorf noch nicht zur Debatte steht. Insofern sind die eingangs erwähnten Gerüchte auch wirklich nur Gerüchte.

**Ist der Landkreis Bautzen auf die Gemeinde Arnsdorf bisher in Sachen Unterbringung von Flüchtlingen zugegangen – gab es also diesbezüglich bereits Gespräche?**

Sie kennen ja aus den Berichten in der Presse die Situation. Der Landkreis wird wie in diesem Jahr auch im nächsten Jahr weitere Asylsuchende aufnehmen müssen. Deshalb wurden alle Gemeinden befragt, in welcher Weise leerstehende Gebäude und Wohnungen der öffentlichen Hand, aber auch Wohnungen von privaten Eigentümern zur Verfügung stehen. Es gab auch schon ein Gespräch mit Vertretern des Landkreises, des Freistaates Sachsen und mir zur Geeignetheit einzelner Gebäude.

**Wäre die Gemeinde von sich aus überhaupt in der Lage, Wohnungen – so wie in Radeberg – für die Unterbringung von Flüchtlingen bereitzustellen?**

Die unserer Gemeinde zur Verfügung stehenden Wohnungen sind voll belegt und somit nicht verfügbar.

**Welche anderen Möglichkeiten gibt es in der Gemeinde?**

Die uns gehörenden Flächen im Gewerbegebiet würden sich für das Aufstellen von Containern eignen. Nach Aussage des Landkreises sind jedoch Container zurzeit nicht zu haben oder unermesslich teuer. Es besteht natürlich darüber hinaus auch die Möglichkeit, dass sich private Hauseigentümer oder Vermieter beim Landratsamt melden und ihre Unterbringungsmöglichkeiten anbieten. Nach meiner Kenntnis hat ein ortsansässiger Vermieter auch Wohnungen angeboten.

**Um welche Fläche handelt es sich bei diesem Angebot?**

Wie erwähnt, wir sind nicht zuständig, deshalb kann ich dazu auch nichts Konkretes sagen. Das liegt in der Entscheidung des Landratsamtes.

**Sind Sie persönlich eher für eine zentrale Unterbringung in einem Flüchtlingsheim oder in Wohnungen?**

Ich denke, dass sich Familien, in dezentralen Wohnungen untergebracht, besser in ihr Umfeld integrieren können. Insofern bin ich für die Unterbringung in Wohnungen. Allerdings ist der Betreuungsaufwand für diese Asylbewerber entsprechend höher. Die im Landkreis unterzubringenden Familien haben nunmehr Wohnungen bezogen. Im Moment sind nur einzelne junge Männer unterzubringen. Oftmals wollen diese in der Gemeinschaft bleiben und werden in einer zentralen Unterkunft auch effektiver betreut. Deshalb stellt sich diese Frage zurzeit eigentlich nicht. Mir sind aktuell auch keine Einzelangebote von Wohnungen bekannt.

**In der Oktober Sitzung des Gemeinderates sprachen Sie bereits an, dass Sie sich eines frühzeitigen Dialogs in der Gemeinde zum Thema wünschen. Wie könnte der aussehen?**

Ich habe seither jede sich bietende Gelegenheit genutzt, um mit meinen Mitarbeitern, den Gemeinde- und Ortschaftsräten sowie vielen Menschen über das Asylthema zu sprechen. Für Januar habe ich mir vorgenommen, Vertreter der Fraktionen im Gemeinderat, der Kirche und Vereine einzuladen. In einer Art Runder Tisch möchte ich mit diesen Akteuren einen Plan erarbeiten, wie wir uns gemeinsam auf den Tag vorbereiten, an dem auch unsere Gemeinde Asylbewerber aufnehmen muss. Mit diesem Plan wird es dann eine Bürgerversammlung geben. Ich denke, dass wir uns mit den Ängsten der Menschen auseinandersetzen müssen. Wir können nur gemeinsam daran arbeiten. Dabei spielt natürlich eine erhebliche Rolle, wie viel Zeit uns zur Verfügung steht. Deshalb habe ich die Verantwortlichen im Landkreis Bautzen mehrfach gebeten, uns angemessen vorher zu informieren, wenn geplant ist,

Asylbewerber in der Gemeinde Arnsdorf unterzubringen.

**Machen Ihnen die aktuellen Entwicklungen, wie die Demonstrationen in Otnsdorf oder die Vorkommnisse im benachbarten Großröhrsdorf, Sorgen?**

Natürlich bin ich wie viele Menschen über die Entwicklungen der Demonstrationen, vor allem in Dresden, sehr besorgt. Auch ich habe kein Rezept dafür, wie unter diesen Umständen ein sachlicher Dialog überhaupt geführt werden kann. Ich denke aber, dass eine sachgetreue Information und das Gespräch miteinander die einzige Möglichkeit sind. Die Brandstiftung in Großröhrsdorf spielt den Asylgegnern leider noch in die Hand. Solche Ereignisse sind im Zuge der medialen Möglichkeiten auch sofort in aller Welt bekannt. Ich denke aber auch, dass bei einer Unterbringung von 50 Menschen in einer Turnhalle ohne jegliche Privatsphäre eine Eskalation vorprogrammiert ist. Da spielt es keine Rolle, welche Nationalität man hat.

**Wird da nicht auch mit der Angst der Bürger gespielt?**

Eine Messerattacke vorzutäuschen, um einen Asylbewerber dann die Tat in die Schuhe schieben zu wollen, ist aus meiner Sicht ein eindeutiges Zeichen für Fremdenhass. Hier will man Angst schüren. Da fehlt mir jegliches Verständnis. Ich denke, dass es wichtig ist, die Menschen zu erreichen, die, aus welchen Gründen auch immer, schlechte Erfahrungen mit der Politik gemacht haben. Da ist einiges schiefe gelaufen, besonders in der großen Politik. Dennoch muss es möglich sein, den Menschen zu helfen, die im Moment unserer Hilfe bedürfen. Dazu sind wir nicht nur vom Gesetz her verpflichtet, sondern auch moralisch. Das alles geht nur gemeinsam und mit der Hilfe und Akzeptanz unserer Einwohner.

■ Gespräch: Sylvia Gebauer